

**Martin Kohli**

Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (FALL)  
Institut für Soziologie, Freie Universität Berlin  
und  
Europäisches Hochschulinstitut (Fiesole/Florenz)

## **Soziologische Theoriebildung und empirische Altersforschung<sup>i</sup>**

Beitrag zum Symposium anlässlich des 75. Geburtstages von Leopold Rosenmayr  
(Wien, 26./27. November 2000)

Erschienen (S. 141-152) in  
**Anton Amann & Gerhard Majce (Hrsg.):**  
*Soziologie in interdisziplinären Netzwerken*  
Wien: Böhlau, 2005

## 1. Theorie und Empirie

Theorie ohne Empirie ist leer, Empirie ohne Theorie ist blind: Dieser (von mir sprachlich leicht aktualisierte) Satz von Kant<sup>ii</sup> kann vermutlich auf unser aller Zustimmung rechnen. Es gibt wenige Aussagen der Wissenschaftstheorie, die ähnlich unbestritten sind. Aber damit fangen die Probleme erst an. Wie können, wie sollen Theorie und Empirie angemessen aufeinander bezogen werden?

Ich beginne mit einem kleinen Umweg über Paul Lazarsfeld, einen der Gründerväter der heutigen Wiener Soziologie. Was er in den 1920er Jahren in Wien als Soziologie vorfand (verkörpert insbesondere durch Othmar Spann), lehnte er ab – nicht nur weil er Spanns politischen Konservatismus bekämpfte, sondern auch weil er eine empirische Fundierung mit Methoden auf der Höhe der Zeit forderte. Auf der Höhe der Zeit: das konnte Soziographie sein (wie in der Marienthal-Studie), es konnte aber auch Marktforschung sein – da gab es bei Lazarsfeld ungeachtet seiner sozialistischen Neigungen keine Berührungsängste. Nach seiner Emigration in die USA wurde Lazarsfeld zu einem der Begründer der empirischen Sozialforschung und zu einem ihrer wirkungsmächtigsten Praktiker. In den Auseinandersetzungen nach dem Zweiten Weltkrieg repräsentierte er das, was in Europa als „Amerikanisierung“ der Soziologie bezeichnet wurde – von den Traditionalisten als Verflachung beklagt, von den (zumeist jüngeren) Reformern als pragmatische, methodisch kontrollierte Hinwendung zur empirischen Realität bewundert. Der europäischen Soziologie der 1950er Jahre stand Lazarsfeld kritisch gegenüber, sie war für ihn zu sehr nur theoretisch gerichtet. Es gab für ihn aber auch einige ländliche Ausnahmen. Im Vorspruch zur neuen Auflage der Marienthal-Studie von 1960 nennt er insbesondere Leopold Rosenmayr, der Erhebungen so zusammenfasse, dass sie Begriffsbilder ergeben, aus denen man weitere Folgerungen ableiten kann, "nicht mit logischer Notwendigkeit, aber mit großer Plausibilität...als Zwischending zwischen einer Analogie und dem, was man heute ein Modell nennt". Für ein Beispiel verweist Lazarsfeld auf Rosenmayrs Interviews mit alten Leuten in Wien, die zur Idee führten, „dass sie 'Intimität á la distance' suchen“ (1975:17).<sup>iii</sup>

„Intimität auf Abstand“ (Rosenmayr & Köckeis 1965) – das ist in der Tat ein Begriffsbild, dem eine glänzende Karriere beschieden war. Es hat die theoretischen Vorstellungen von dem, was unter den Bedingungen moderner Gesellschaften „Familie“ bedeutet, nachhaltig geprägt und hat inzwischen den höchsten Status erreicht, der für ein sozialwissenschaftliches

Konzept möglich ist: nämlich Teil der allen Gebildeten verfügbaren gehobenen Alltagssprache geworden zu sein, ohne dass man sich seines Urhebers noch bewusst ist. Ähnliches gilt für spätere Konzepte, etwa dasjenige der „späten Freiheit“ (Rosenmayr 1983). Im letzten Jahrzehnt hat Leopold Rosenmayr mit seinen intensiven Forschungen über Alter und Generationenverhältnis in afrikanischen Stammesgesellschaften (z.B. Rosenmayr 2000) erneut ein Thema aufgegriffen, das für eine empirisch verankerte Soziologie in theoretischem Interesse von hoher Fruchtbarkeit zu sein verspricht.

Das ist umso bemerkenswerter, als im Feld des höheren Alters das Fehlen einer angemessenen Verknüpfung von Theorie und Empirie besonders fühlbar ist. Was in der Soziologie generell ein Problem ist, stellt sich in der Alterssoziologie in zugespitzter Form. In seinem großen Überblick über die Soziologie des Alters von 1976 hat Leopold Rosenmayr selber zu Recht deren „theoretische Sterilität“ beklagt (1976:253). Über weite Strecken würde diese Diagnose auch heute noch zutreffen.

Anders gesagt: Die Alterssoziologie ist im wesentlichen sowohl institutionell wie kognitiv eine typische angewandte Soziologie geblieben (vgl. Kohli 1990). Eine solche ist nicht nur dadurch charakterisiert, dass sie sich an den praktischen Problemen ihres Feldes orientiert, sondern auch dadurch, dass sie dessen sozial konstruierte Grenzen als selbstverständliche Konturen ihrer eigenen Perspektive übernimmt. Institutionell hat sich die Alterssoziologie stärker mit den entsprechenden Teilen anderer Disziplinen verbunden, die sich auf das (höhere) Alter konzentrieren, als mit der Soziologie selber. Ihr kognitives Programm hat sie sich ebenfalls durch den unmittelbaren Problemdruck dieses spezifischen Realitätsausschnitts vorgeben lassen. Ihr Bezug zur allgemeinen soziologischen Diskussion ist deshalb bisher gering.

Man muss diese Aussage differenzieren. Die theoretische Sterilität der Alterssoziologie ist bis heute von vielen Autoren als Mangel empfunden worden, und dies hat zu einer ganzen Reihe von Versuchen geführt, theoretische Ressourcen aus der allgemeinen Soziologie für die Deutung der empirischen Probleme der Alterssoziologie zu mobilisieren: von funktionalistischen oder symbolisch-interaktionistischen Theorieperspektiven in den 1960er Jahren über solche der Phänomenologie oder der politischen Ökonomie in den 1970ern und 1980ern bis zur Luhmannschen Fassung der Systemtheorie oder der Eliasschen Figurationssoziologie in den 1990ern. Aber diese Verknüpfung von soziologischer Theorie

und empirischer Alternsforschung ist eine Einbahnstraße geblieben: Die Empirie sucht, um nicht mit Blindheit geschlagen zu sein, eine theoretische Grundlage, aber die Theorie ist sich ihrer empirischen Leere in dieser Hinsicht noch nicht bewusst geworden. Es hat mit andern Worten noch kaum einen kognitiven Einfluss der Alternsforschung auf die soziologische Theorie gegeben. Auch in diesem fundamentalen Sinne ist die Alterssoziologie nach wie vor eine angewandte Soziologie.

Die Schuld daran liegt allerdings nicht nur bei der Alterssoziologie, sondern auch beim vorherrschenden Stil der Theoriebildung in der Soziologie. Manche allgemeinen Theorieprogramme – nicht nur diejenigen, die diese Begriffe explizit auf sich selber anwenden – stehen entschieden unter dem Zeichen der Selbstreferentialität und Selbsterzeugung; und auch dort, wo sie sich auf die empirischen Teilbereiche der Gesellschaft einzulassen behaupten, wie etwa in Luhmanns großen Schriften zur Wirtschaft, Politik, Wissenschaft oder Religion der Gesellschaft, schneiden sie sich ihren Gegenstand bis zur empirischen Unkenntlichkeit zu. Die Beschäftigung mit allgemeiner Gesellschaftstheorie ist deshalb in der Soziologie selber zu einem Spezialgebiet geworden. Was dagegen in den bereichsspezifischen Feldern als „Theorie“ gehandelt wird, ist solche mittlerer oder geringer Reichweite.

## 2. Altern als Herausforderung an die Soziologie

Die Folgen solcher Einseitigkeit sind auch für die allgemeine soziologische Theorie fatal. Ihre Artikulation mit den Fragen des gesellschaftlichen Alterns steht noch aus; sie hat bisher nicht einmal die Fragen erkannt (vgl. Backes & Clemens 2000). Dabei geht es für sie keineswegs nur um die Akquisition eines neuen Gegenstandes, für dessen Bearbeitung die Einfügung einiger neuer Variablen in den gewohnten kategorialen Apparat genügen würde; dieser selber wird vielmehr zum Problem. Der Prozess des Alterns der Gesellschaft erzeugt nicht nur einen neuen Themenbereich, sondern ist auch eine Herausforderung für die Grundlagen der Theoriebildung – Grundlagen, die aus einer Zeit stammen, bevor dieser Prozess sich konturierte.

Die Herausforderung lässt sich am besten fassen, wenn man sich den strukturellen Grundtatbestand bewusst macht, von dem die klassischen soziologischen Theorien ausgehen:

die moderne (kapitalistische bzw. industrielle) gesellschaftliche Organisation der Arbeit und ihr Verhältnis zu den übrigen Bereichen der Gesellschaft. Die soziologische Perspektive auf diesen Tatbestand wird deutlicher, wenn man sie mit der ökonomischen kontrastiert. In der Ökonomie geht es um rationale Wahlhandlungen, in der Soziologie um Vergesellschaftung. Für die Ökonomie ist die Wirtschaft ein System, das Produktionsfaktoren zum Zwecke der Produktion von Gütern zusammenfasst und von dem entsprechende Verteilungswirkungen ausgehen. Für die Soziologie ist sie ein System, das Menschen vergesellschaftet, indem es sie mit Einkommen und entsprechenden Konsumchancen ausstattet, aber auch indem es sie mit systematischen Aufgaben konfrontiert und ihre Kompetenz fordert, ihren Alltag regelhaft strukturiert, sie in soziale Beziehungen - Kooperation ebenso wie Konflikt und Abhängigkeit – einbindet, ihnen ihren gesellschaftlichen Ort anweist und ihre Identität prägt. In den modernen Gesellschaften sind diese Vergesellschaftungsleistungen der Wirtschaft besonders wichtig, und ihre Charakterisierung als „Arbeitsgesellschaften“ hebt gerade dies hervor: Arbeit sichert in ihnen nicht nur – wie in allen andern Gesellschaften auch – die wirtschaftliche Reproduktion, sondern ist darüber hinaus der Fokus ihrer grundlegenden Werte und Weltanschauung; Arbeit ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt des materiellen Überlebens und der Organisation wirtschaftlicher und politischer Interessen relevant, sondern darüber hinaus unter demjenigen der kulturellen Einheit der Gesellschaft und der Erfahrung und Identität ihrer Mitglieder.

Wenn davon auszugehen ist, dass das gesellschaftliche Leben um die Arbeit herum strukturiert ist – wie lässt sich dann eine Situation theoretisch bewältigen, in der ein großer (und sich weiter vergrößernder) Teil der Bevölkerung den Bereich der formell organisierten Erwerbsarbeit verlassen hat, und zwar auf Dauer? Vor einer Antwort auf diese Frage ist zunächst ein Einwand gegen die Frage selber auszuräumen. Er lautet, dass diese Zentralität der Arbeit heute nicht mehr gegeben sei. Paradoxerweise ist ja der Begriff der „Arbeitsgesellschaft“ in der Soziologie erst im Zuge der Entwicklung aufgetaucht, in der die mit ihm gemeinten Strukturbedingungen empirisch fraglich geworden sind (Matthes 1983). Die Bedeutung von Konsum und Freizeit nimmt zu, sowohl strukturell – hinsichtlich der verfügbaren Ressourcen – als auch kulturell – hinsichtlich der grundlegenden Werte. Aber zumindest mit Bezug auf die Organisation des Lebenslaufs sind die Strukturbedingungen der Arbeitsgesellschaft, wie sich bei einer Prüfung der entsprechenden Befunde erweist (Kohli 2000), noch in erstaunlichem Maße in Kraft. Die „Normalerwerbsbiographie“ hat sich zwar an ihren beiden Rändern (der Einstiegs- und der Ausstiegsphase) etwas aufgeweicht und ist

auch in ihrer Kernphase stärker als früher von instabilen und marginalen Beschäftigungsverhältnissen durchsetzt; aber für die meisten männlichen Erwerbstätigen ist sie nach wie vor und für die weiblichen sogar zunehmend bestimmend. Von Patchwork-Biographien ist bisher wenig zu sehen.

Das besondere Interesse, das die empirische Alternsforschung der Soziologie bietet, entsteht also aus dem Problem, dass die Theoriearchitektur der (klassischen) Soziologie explizit oder auch nur implizit von der Gesellschaft als Arbeitgesellschaft ausgeht. Die zeitgenössischen Theorieentwürfe machen andere Perspektiven stark (Wissen, Information, Risiko, Optionenvielfalt), aber in manchen ihrer verborgenen Grundannahmen bleiben sie der arbeitsgesellschaftlichen Struktur verhaftet.

Ich habe dies vor zehn Jahren am Beispiel der Theorien sozialer Ungleichheit ausgeführt (Kohli 1990). Die Theorien sozialer Ungleichheit richten sich im wesentlichen auf zwei Sachverhalte. Der erste ist die Verortung von Individuen bzw. Gruppen in der sozialen Hierarchie - anders gesagt: ihre Verteilung auf und Rekrutierung für hierarchisch geordnete Positionen - und ihr entsprechender Zugang zu Ressourcen und Lebenschancen. Der zweite sind die sozialen Beziehungen, die aus dieser Verortung entstehen, die Formierung von Interessen und damit die Konflikte, welche die Gesellschaftsstruktur prägen und ihr ihre Dynamik geben. (Dies entspricht im wesentlichen der Marxschen Unterscheidung zwischen *Klasse an sich* und *Klasse für sich*). Für beide Sachverhalte bringt die Institutionalisierung der Ruhestandsphase Probleme, die zunächst gar nicht erkannt wurden und auch heute noch nicht wirklich gelöst sind.

Dabei ist es in weiten Bereichen der Forschung seit längerem zumindest im Prinzip unbestritten, dass soziale Ungleichheit in einem lebenszeitlichen Bezugsrahmen zu sehen ist: als Prozess statt als dauerhafte Struktur (so schon Müller 1977). Aber diese Ansätze machten lange an der Schwelle zum Ruhestand halt; das Erwachsenenleben wurde implizit so behandelt, als sei es koextensiv mit dem Erwerbsleben. Die Folgen dieser Beschränkung lassen sich an zwei repräsentativen Beiträgen zur Klassenanalyse der 1980er Jahre beobachten, von denen der erste eine Verbindung von Marxscher und Weberscher Konzeption anstrehte, während der zweite auf einer marxistischen Grundorientierung aufbaute: demjenigen von Giddens (1981) und demjenigen von Wright (1985). Die individuelle

Klassensituation erscheint in diesen Studien noch als merkwürdig zeitlose Eigenschaft; sie wird ohne systematischen Bezug auf Veränderungen im Lebenslauf diskutiert.

Die einfachste Art, das Problem des Alters für die Theorie sozialer Ungleichheit zu lösen, besteht darin, es für irrelevant zu erklären, indem behauptet wird, es ändere sich im Alter gar nichts, es gebe also eine Kontinuität der Klassenlage vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Die Bedeutung der gesellschaftlichen Altersgliederung wird damit heruntergespielt oder ganz verneint. Die Ungleichheit des Alters verschwindet hinter der Ungleichheit im Alter, und letztere ist ein nicht weiter differenzierungsbedürftiger Teil der Ungleichheit im Leben als ganzem.

Man kann das Kontinuitätsargument soweit akzeptieren, als die Ungleichheiten des Erwerbssystems chronifiziert werden und dadurch auch das Leben im Alter weiterhin dominieren. Für das Einkommen gilt das zum Teil in der Tat: soweit die öffentlichen Rentensysteme auf die Aufrechterhaltung der Statusdifferenzen im Erwerbsarbeit gerichtet sind – dies entspricht dem „konservativen“ bzw. korporatistischen Wohlfahrtsregime der meisten kontinentaleuropäischen Länder -, gibt es eine hohe Korrelation zwischen Erwerbs- und Ruhestandseinkommen. Aber diese scheinbar leichte Lösung des Problems ist mit verschiedenen Schwierigkeiten behaftet. Erstens ist die Korrelation auch in den korporatistischen Wohlfahrtsstaaten nicht vollständig; es gibt Fälle und Gruppen (etwa die Selbständigen), für die das Transfereinkommen der Rentenversicherung nach andern Dimensionen strukturiert ist als ihr früheres Arbeitseinkommen, und darüber hinaus existieren mannigfache Umverteilungselemente. Zweitens ist die Korrelation zwischen Erwerbs- und Ruhestandseinkommen eine solche des Rangs, aber nicht des absoluten Niveaus; das Ruhestandseinkommen bringt gegenüber dem Erwerbseinkommen schon heute gewöhnlich eine erhebliche Einbuße. Und schließlich gibt es eine dritte Schwierigkeit, die grundsätzlichste: das Kontinuitätsargument versagt gegenüber dem Beziehungsaspekt der Klassenlage. Vor allem bei einer Orientierung am marxistischen Klassenkonzept führt dies zu unlösbaren Problemen. Wenn der Kern der Klassentheorie in der Existenz einer Masse von (formal) freien Lohnabhängigen besteht, die ihre Arbeitskraft als Ware im Tausch für die Mittel zu ihrer Subsistenz verkaufen müssen (so auch noch Giddens 1981:298), wird es in der Tat schwierig, diese Theorie auf Personen zu beziehen, die einen auf Sozialbürgerrechte gestützten Einkommensanspruch haben.

Aus diesen Gründen ist ein einfaches Modell von Kontinuität vom Erwerbsleben zum Ruhestand nicht brauchbar, schon gar nicht wenn es auf den Einkommensaspekt beschränkt bleibt. Sowohl die Marxsche wie die Webersche Klassentheorie gehen über die materiellen Aspekte der Klassenlage hinaus - die eine, indem sie sich auf die aus ihr erwachsenden Vergesellschaftungsformen und sozialen Konflikte konzentriert, die andere, indem sie sie auf Aspekte von Politik und Kultur (Macht und Status) ausweitet. Um dem gerecht zu werden, ist ein breiterer Ansatz erforderlich, der sich nicht nur auf die Art des Einkommens bezieht, sondern auch auf die Beziehungsstruktur zwischen Einkommensempfänger und „Geber“, die damit konstituiert wird. Außerdem muss er dem Tatbestand gerecht werden, dass im höheren Alter politische Interessen und lebensweltliche Statuserfahrungen nicht mehr in gleicher Weise unmittelbar mit der Einkommensgewinnung verknüpft sind wie im Erwerbsleben, da die vergesellschaftenden Wirkungen der alltäglichen Erwerbsarbeit wegfallen.

Inzwischen haben sich die Theorien sozialer Ungleichheit weiter ausdifferenziert. Es sind neue Ansätze der „Verzeitlichung“ sozialer Ungleichheit entstanden (z.B. Berger & Hradil 1990). Neben die Klassen- und Schichttheorien sind Theorien der Lebensstile und sozialen Milieus getreten. Außerdem hat sich die Theoriesprache von der ausschließlichen Konzentration auf Ungleichheit der Ressourcen gelöst und sich zu derjenigen der Vergesellschaftung insgesamt verlagert (etwa mit dem Begriffspaar von *Inklusion/Exklusion*, vgl. Woodward & Kohli 2001). Diese verschiedenen Ansätze sind allerdings nicht als sich gegenseitig ausschließende Alternativen zu verstehen, sondern machen nur unter dem Gesichtspunkt gegenseitiger Artikulation Sinn. Es geht also z.B. um die Fragen, wie Klasse und Schicht mit andern („horizontalen“) Ungleichheiten wie Geschlecht oder Milieu verknüpft sind oder wie sich verschiedene Ungleichheitsdimensionen im Hinblick auf allgemeine Inklusion/Exklusion bündeln und verstärken oder sich neutralisieren. Für solche Fragen bildet das höhere Alter ein besonders gut konturiertes Modell, und es ist über soziale Ungleichheit hinaus auch für andere allgemeine Theorieprobleme ertragreich.

### 3. Vier Forschungsbeispiele

Ich möchte dieses theoretische Potential der Altersforschung an vier Beispielen aus unserer eigenen Forschung des vergangenen Jahrzehnts erläutern. Es sind Beispiele dafür, wie wir die skizzierten Schwierigkeiten der Theorie-Konstruktion empirisch gewendet und in

entsprechende Untersuchungen umgesetzt haben. Man könnte in einem erweiterten Sinne von „Fallstudien“ sprechen: Studien über jeweils ein thematisches Feld, das im Hinblick auf das zur Debatte stehende Konstruktionsproblem einen kritischen Fall darstellt.

Das *erste* Beispiel betrifft die Altersposition als Grundlage für politische Partizipation und Mobilisierung (Kohli et al. 1999). Es geht also um den zweiten der beiden Sachverhalte, die in den Theorien sozialer Ungleichheit bearbeitet werden: den Zusammenhang zwischen sozialer Verortung und Interessenorganisation. Für die Soziologie allgemein lautet die Frage: Wie müssen Theorien der Formierung und Mobilisierung von Interessen konstruiert sein, um den Lebenslagen jenseits der Erwerbsarbeit gerecht zu werden?

Im Zuge der Entwicklung der öffentlichen Alterssicherung haben sich in einigen Ländern (z.B. in Holland, Schweden und den USA) bereits relativ früh Interessenorganisationen Älterer herausgebildet, die als Lobbies oder „pressure groups“ zugunsten der Durchsetzung und Sicherung der sozialstaatlichen Leistungen wirken. Die Situation in Deutschland bildet dazu einen Kontrastfall. Erst in der jüngeren Vergangenheit haben sich hierzulande ältere Menschen in Seniorenbeiräten oder eigenen Organisationen zusammengeschlossen und sich z.B. in der Kommunalpolitik zu Wort gemeldet.

Zwar sind die Älteren in Deutschland -- wie in anderen Industriegesellschaften auch -- zu einem gewichtigen politischen Machtfaktor geworden. Zukünftig wird ihre Bedeutung noch weiter zunehmen. Politik ohne die Älteren ist immer schwerer zu machen. Aber die aktive Beteiligung Älterer in politischen Prozessen ist gegenwärtig noch gering. In Parlamenten, Vorständen und anderen politischen Gremien sind die Senioren unterrepräsentiert. Die numerische Macht der Älteren steht im Widerspruch zu ihrer Beteiligung an der politischen Macht. Insofern lässt sich von einer latenten Altenmacht sprechen, der gegenwärtig noch kein direkter Einfluss im politischen Geschehen entspricht.

Dies ist jedoch in schneller Veränderung begriffen. Die spezifischen Vertretungen der Älteren sind nach wie vor relativ schwach, und von sozialen Bewegungen der Älteren ist ebenfalls wenig zu sehen. Angesichts dessen kommt den gesellschaftlichen Großorganisationen – den politischen Parteien und den Gewerkschaften – eine besondere Rolle zu. Auf sie wirkt ein Druck von außen, sich auf die verändernde Altersstruktur der Bevölkerung einzustellen, und zugleich von innen, weil die wachsende Zahl ihrer älteren Mitglieder auf bessere

Repräsentation und größere Mitwirkung drängt. Wie strukturieren sich diese gesellschaftlichen Großorganisationen um, um die Ruhestandspopulation an sich binden und mobilisieren zu können – und zwar in einer Epoche, in der auch unter den Älteren die „Stammwähler“ bzw. „Stammmitglieder“ zunehmend aussterben?

Paradox scheint die Lage vor allem für die Gewerkschaften zu sein (vgl. die Fallstudie von Wolf et al. 1994). Als Arbeitnehmerorganisationen hätten sie – so könnte man annehmen – primär die Interessen der Erwerbstätigen zu vertreten. Sie müssten für hohe Löhne sowie für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und damit für möglichst niedrige Lohnnebenkosten eintreten. Aber so einfach ist die Sache nicht. Zum einen verstehen sich die Gewerkschaften schon immer als Interessenvertretung auch der *ehemals* Erwerbstätigen. Zum anderen gewinnen die Älteren auch in den Gewerkschaften zunehmend an Gewicht und bringen ihre Interessen ein. Unbeabsichtigt und weitgehend unbemerkt sind die Gewerkschaften zu einem der größten Seniorenverbände in Deutschland geworden.

Das geht allerdings nicht ohne Konflikte ab. Es müssen neue Organisationsformen gefunden werden, in der die potentiellen Interessengegensätze zwischen Erwerbstätigen und Rentnern vermittelt und stillgestellt werden. Damit wird die Ruhestandsbevölkerung in eigenständigen Formen organisiert, aber zugleich partiell an die Erwerbsphase zurückgebunden. Die politische Partizipation und Mobilisierung der Älteren erfolgt also in einer Weise, in der bezogen auf die Erwerbsphase sowohl die Kontinuität wie auch die Diskontinuität der Lebenslage Alter berücksichtigt werden. Man könnte von einer biographischen Konzeption der Vergesellschaftung im Alter sprechen.

Das *zweite* Beispiel richtet sich auf eine andere Dimension der Vergesellschaftung im Alter, nämlich die institutionalisierten Formen von Tätigkeit jenseits der Erwerbsphase. Gibt es nachberufliche Tätigkeitsformen, deren Wirkungen denen der Berufsarbeit entsprechen? Wir haben einige solche Tätigkeitsformen zum Gegenstand einer Reihe qualitativer Fallstudien gemacht (Kohli et al. 1993). Es handelt sich um Ältere, die als Teilzeitarbeiter oder Selbständige in Handwerk und Einzelhandel noch Erwerbsarbeit leisten, um ehrenamtlich Tätige, um Aktive in selbstorganisierten politischen Interessenvertretungen und um Aktive in institutionalisierten Hobbykulturen. Diesen Tätigkeiten ist gemeinsam, daß sie nicht von anderen (z.B. professionellen Sozialarbeitern) für Ältere organisiert werden, sondern von

diesen selbst in Gang gesetzt werden oder Angebote des Marktes aufnehmen; sie gehören also zum gesellschaftlichen Spontanbereich.

Strukturell besonders interessant sind zunächst die (wenigen) Ruheständler, die noch Erwerbsarbeit leisten, denn an ihnen lassen sich die Parallelen und Unterschiede zur „eigentlichen“ Berufsphase besonders gut verdeutlichen. Ihnen ist wichtig, etwas „Ernsthaftes“ zu machen, eine „Pflicht“ zu haben, etwas zu leisten und gefordert zu werden. Auch die Chance zur Interaktion mit andern (den Kollegen und den Besuchern bzw. Klienten) ist von großer Bedeutung. Die Ansprüche an Qualifikation und Status sind dagegen vor dem Hintergrund eines relativ erfolgreichen Erwerbslebens nicht mehr so hoch. Man hat in der Vergangenheit, in der abgeschlossenen „aktiven“ Phase des Lebenslaufs genug geleistet und braucht seine Fähigkeiten jetzt nicht mehr unbedingt unter Beweis zu stellen. Die restriktiven Aspekte der Tätigkeit werden ertragen, weil sie ja freiwillig ist und im Prinzip jederzeit beendet werden kann. Der „Rentnerjob“ wird also als sinnvolle Form der Erwerbstätigkeit in der - ökonomisch durch die Rente abgesicherten - dritten Phase des Lebenslaufs angesehen. Es gibt eine Kontinuität der Erwerbstätigkeit, jedoch verbunden mit dem objektiven Bruch der Verrentung eine Neudefinition der Ansprüche an sie. Sie hat im Ruhestand einen anderen Charakter als in der „aktiven“ Phase des Lebenslaufs.

Einen klaren Kontrast dazu bilden die Hobbyisten. Der Bezug auf die biographischen Erfahrungen erfolgt in dieser Gruppe nicht über die Erwerbsarbeit, sondern über das Hobby. Die Erwerbsarbeit war für diese ausgeprägten Hobbyisten seit jeher oder wurde zunehmend eine Belastung. Der Übergang in den Ruhestand wurde für sie vor diesem Hintergrund zu einer Befreiung: zur Chance, endlich das zu tun, was sie schon immer tun wollten. „Mit Ernst und Leidenschaft“ muß der Hobbyist bei seiner Sache sein. Die Emphase liegt auf der lebenslangen Verpflichtung; sie sichert dem Hobby sein Gewicht. Entsprechend schwierig ist es, als vollgültiger Hobbyist anerkannt zu werden, wenn man erst nach dem Übergang in den Ruhestand damit beginnt.

An diesen beiden Tätigkeitsfeldern lässt sich darlegen, was sie mit der Erwerbsarbeit verbindet und wie sie Kontinuität von der Berufsphase in die nachberufliche Phase sichern. In beiden Fällen setzt diese Kontinuität die Diskontinuität des Übergangs in den Ruhestand voraus. Die Altersgrenze wird zur Ressource - nicht nur materieller Art, indem sie den

Zugang zur Altersrente ermöglicht, sondern auch moralischer Art, indem sie im positiven oder negativen Sinne das Berufsleben abschließt.

Ähnliches ließe sich mit Bezug auf Ehrenamt und zum Teil auch auf produktive Tätigkeiten im sozialen Nahbereich von Familie und Nachbarschaft – wie Pflege oder Enkelbetreuung – zeigen. Das Ausmaß und der gesellschaftliche Wert dieser Tätigkeiten sind beträchtlich, auch wenn sie mit zunehmendem Alter zurückgehen (Künemund 2000). Sie sind jedoch nicht nur sozialpolitisch bedeutsam, sondern auch – worauf es hier ankommt – theoretisch: durch ihre Strukturanalogien zur Erwerbsarbeit. Nachberufliche Tätigkeitsformen sind der Erwerbsarbeit zugleich ähnlich und unähnlich.

Das *dritte* Beispiel betrifft die Pluralität von Vergesellschaftungsbezügen, wie sie etwa in der neueren sozialpolitischen Forschung unter dem Begriff „Wohlfahrtspluralismus“ bzw. „Wohlfahrtsmix“ angesprochen wird (Evers & Olk 1996). Das höhere Alter macht diese Koexistenz unterschiedlicher Dimensionen der Lebenslage in besonders herausfordernder Weise deutlich, da in ihm die Prägekraft der Erwerbsarbeit stark abnimmt. Es geht um die Zusammenhänge zwischen mindestens vier Bereichen (Subsystemen) mit je eigenen Leistungsbedingungen, Verteilungswirkungen, Handlungs- und Beziehungslogiken: Markt, Staat, Zivilgesellschaft (oft unter dem Begriff „Dritter Sektor“ thematisiert) und Familie (bzw. gesellschaftlicher Nahbereich).

Die Forschung hat sich bisher vor allem mit dem Verhältnis von Markt und Staat befasst, das mit dem Übergang in den Ruhestand für die meisten ehemaligen Erwerbstätigen eine starke Veränderung erfährt: Die Dominanz der Erwerbseinkommen und der betrieblichen Vergesellschaftung weicht einer Dominanz der öffentlichen Renteneinkommen und damit der Abhängigkeit vom Sozialstaat. Wir haben in den letzten Jahren das Hauptgewicht auf das Verhältnis von Familie und Sozialstaat gelegt, ein Feld, für das wir mit dem Alters-Survey erstmals repräsentative Daten für Deutschland zur Verfügung haben (Kohli et al. 2000; Szydlik 2000). Der Alters-Survey erlaubt eine umfassende Analyse der verschiedenen Beziehungs- und Austauschformen zwischen den Familienmitgliedern und hebt vor allem die Wichtigkeit der Verbindungen zwischen den Generationen in der Familie hervor. Von besonderem Interesse sind in diesem Spektrum die materiellen Leistungen in Form von Geld- und Sachtransfers, wobei die Älteren gegenüber ihren erwachsenen Kindern und Enkeln – auch wenn diese schon erwachsen sind – hier klar in der Position der Netto-Geber bleiben.

Die Transfers zwischen den Generationen in der Familie fließen also in umgekehrter Richtung zu den Transfers im Umlageverfahren der Rentenversicherung. Was heißt das für das Verhältnis zwischen familialem und staatlichem Generationenvertrag? Die traditionelle Auffassung lautete, im Modernisierungsprozess bestehende zwischen der Herausbildung der Kernfamilie – also der „strukturellen Isolierung“ der Älteren von ihren erwachsenen Kindern, wie es Parsons (1942) formulierte – und derjenigen des Wohlfahrtsstaats eine funktionale Entsprechung, indem manche früheren Funktionen der Familie nun zunehmend vom Wohlfahrtsstaat übernommen würden. Für andere Autoren war es nicht nur ein Entsprechungs-, sondern ein Verdrängungsverhältnis: Sie betrachteten die Expansion des Wohlfahrtsstaates nicht nur als eine Begleiterscheinung der zunehmenden Distanz zwischen den erwachsenen Generationen in der Familie oder ein funktionales Äquivalent für sie, sondern als ihre Ursache.

Inzwischen hat sich gezeigt, dass diese Distanz geringer ist, als in dieser Perspektive angenommen wurde. Mit der Forschung über Transfers können wir demonstrieren, dass die Familie auch als ein wirksames materielles Austauschsystem über die Trennung der Haushalte hinaus bestehen bleibt. Zwar ist die Vergabe von Transfers von Seiten der Eltern stark von ihrer eigenen finanziellen Lage abhängig, aber auch in den unteren Einkommensgruppen findet sich noch ein beträchtlicher Anteil an Gebern; und da bei den älteren Angehörigen dieser Gruppen das Einkommen fast vollständig aus den Zahlungen der Rentenversicherung bzw. Pensionen besteht, ist für sie die Möglichkeit des Gebens unmittelbar daran gebunden, dass sie solche Leistungen aus dem staatlichen Generationenvertrag empfangen. Familiale Transfers setzen also zu einem guten Teil öffentliche Transfers voraus.

In gewisser Weise kann man durchaus sagen, dass die Familie durch den Wohlfahrtsstaat verdrängt worden ist – nämlich im Hinblick auf die Verpflichtung der Jüngeren, für ihre alten Eltern finanziell aufzukommen. Diese Verpflichtung gibt es heute nicht mehr; sie ist vom Wohlfahrtsstaat übernommen worden. Aber entscheidend ist, dass diese wohlfahrtsstaatlichen Leistungen nun die Grundlage für ganz neue Leistungen der Familie geworden sind – nämlich solche, die den Jüngeren zugute kommen. In diesem Sinne ist die Familie durch den Wohlfahrtsstaat nicht verdrängt oder geschwächt, sondern gestärkt worden. (Ähnliches gilt für den Zusammenhang zwischen privaten und öffentlichen Hilfen bei Pflegebedürftigkeit.) Die Forschung über Generationentransfers in der Familie belegt demnach nicht nur die nach

wie vor gegebene Bedeutung der Familie im *public-private mix*, sondern auch die neue Form, die sie unter den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates – der ja vorwiegend ein Wohlfahrtsstaat für die Älteren ist – annimmt.

Das *vierte* Beispiel bezieht sich auf ein Feld, dem wir uns erst vor kurzem zugewandt haben und zu dem wir deshalb noch keine gesicherten Ergebnisse vorlegen können. Es geht um den heute breit diskutierten Prozess der Ethnisierung sozialer Ungleichheit im Zuge der Wandlung auch der meisten europäischen Gesellschaften zu Einwanderungsgesellschaften. Eine wichtige Frage dabei ist diejenige nach dem Verhältnis von Klassenzugehörigkeit und politischer Zugehörigkeit im Sinne von Bürgerschaft (*citizenship*). Die älteren Migranten sind ein Fall, an dem sich diese Frage zusetzt. Auf der einen Seite wird die These vertreten, politische Zugehörigkeit sei zunehmend irrelevant für gesellschaftliche Inklusion/Exklusion, weil die Sozialrechte sich in den meisten westlichen Demokratien vom Bürgerstatus abkoppelt hätten und eine Entwicklung hin zu postnationalen Bürgerschaftskonzepten zu beobachten sei (z.B. Soysal 1994). Dies ist natürlich wiederum besonders wirksam im Bereich des staatlichen Generationenvertrags, also der Leistungen für die Älteren. Wohlfahrtsklassen wären demgemäß außerhalb jeder politischen Zugehörigkeit anzusiedeln. Auf der andern Seite sind ältere Migranten im Hinblick auf soziales und kulturelles Kapital und damit auf Lebensstil und Milieu oft besonders stark marginalisiert und von Exklusion bedroht. Da das sozialpolitische Angebot an Dienstleistungen für Ältere sich über weite Strecken nach Herkunftsgruppen der Migranten spezialisiert, treibt diese Form der Sozialpolitik unbeabsichtigt den Ethnisierungsprozess noch weiter fort.

Vier empirische Forschungsbeispiele – sie tragen in jeweils spezifischer Weise zur soziologischen Theoriebildung bei und schreiben sich damit in das Programm ein, das Leopold Rosenmayr seit mehr als vierzig Jahren der Altersforschung aufgegeben hat und das er in immer erneuten Anläufen selber verfolgt.

## Literatur

- Backes, Gertrud M. & Wolfgang Clemens (Hrsg.), Soziologie und Alter(n). Opladen: Leske + Budrich, 2000.
- Berger, Peter & Stefan Hradil (Hrsg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile (Soziale Welt, Sonderband 7). Göttingen: Schwartz, 1990.
- Evers, Adalbert & Thomas Olk (Hrsg.), Wohlfahrtspluralismus. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996.
- Giddens, Anthony, The class structure of the advanced societies. London: Hutchinson, 1981.
- Kant, Immanuel, Kritik der reinen Vernunft, 2. Aufl. 1787. Stuttgart: Reclam, 1970.
- Kohli, Martin, Das Alter als Herausforderung an die Theorie sozialer Ungleichheit, in: Berger, Peter & Stefan Hradil (Hrsg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile (Soziale Welt, Sonderband 7). Göttingen: Schwartz, 1990, 387-406.
- Kohli, Martin, Arbeit im Lebenslauf: Alte und neue Paradoxien, in: Kocka, Jürgen & Claus Offe (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt/M: Campus, 2000, 362-382.
- Kohli, Martin, Harald Künemund, Andreas Motel & Marc Szydlik, Generationenbeziehungen, in: Kohli, Martin & Harald Künemund (Hrsg.), Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Opladen, Leske + Budrich, 2000, 176-211.
- Kohli, Martin, Sighard Neckel & Jürgen Wolf, Krieg der Generationen? Die politische Macht der Älteren, in: Niederfranke, Annette, Gerhard Naegele & Eckart Frahm (Hrsg.), Funkkolleg Altern, Bd. 2. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999, 479-514.
- Künemund, Harald, „Produktive“ Tätigkeiten, in: Kohli, Martin & Harald Künemund (Hrsg.), Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Opladen, Leske + Budrich, 2000, 277-317.
- Lazarsfeld, Paul F., Vorspruch zur neuen Auflage 1960, in: Jahoda, Marie, Paul F. Lazarsfeld & Hans Zeisel (Hrsg.), Die Arbeitslosen von Marienthal. Frankfurt/M: Suhrkamp, 1975 (Orig. 1933).
- Matthes, Joachim (Hrsg.), Krise der Arbeitsgesellschaft? (Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg). Frankfurt/M: Campus, 1983.
- Müller, Walter, Klassenlagen und soziale Lagen in der Bundesrepublik, in: Handl, Johann, Karl Ulrich Mayer & Walter Müller (Hrsg.), Klassenlagen und Sozialstruktur. Frankfurt/M: Campus, 1977, 21-100.
- Parsons, Talcott, Age and sex in the social structure of the United States, in: American Sociological Review 7 (1942), 604-616.

Rosenmayr, Leopold & Eva Köckeis, Umwelt und Familie alter Menschen. Neuwied: Luchterhand, 1965.

Rosenmayr, Leopold, Alter, in: König, René (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl., Bd. 7. Stuttgart: Enke, 1976, 218-406.

Rosenmayr, Leopold, Die späte Freiheit. Berlin: Severin und Siedler, 1983.

Rosenmayr, Leopold, Zwischen Sippe und Modernität – Feldstudien über das Generationenverhältnis im afrikanischen Kulturwandel, in: Kohli, Martin & Marc Szydlik (Hrsg.), Generationen in Familie und Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, 2000, 179-202.

Soysal, Yasemin N., Limits of citizenship: Migrants and postnational membership in Europe. Chicago: University of Chicago Press, 1994.

Szydlik, Marc, Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Opladen: Leske + Budrich, 2000.

Woodward, Alison & Martin Kohli (Hrsg.), Inclusions and exclusions in European societies. London: Routledge, 2001.

Wright, Erik O., Classes. New York: Schocken Books, 1985.

Wolf, Jürgen, Martin Kohli & Harald Künemund (Hrsg.), Alter und gewerkschaftliche Politik. Auf dem Weg zur Rentnergewerkschaft? Köln: Bund-Verlag, 1994.

<sup>i</sup> Ich danke dem Hanse-Wissenschaftskolleg (Delmenhorst/Bremen) für die Berufung als Fellow, die mir die Zeit zur Abfassung dieses Beitrages gab.

<sup>ii</sup> „Gedanken ohne Inhalt sind leer, Anschauungen ohne Begriffe sind blind“ beginnt die berühmte Passage an prominenter Stelle der *Kritik der reinen Vernunft* (2. Aufl. 1787, hier zitiert nach der Reclam-Ausgabe 1970:120).

iii Lazarsfeld befasst sich auch mit dem Einwand, die meisten Soziographien seien „ohne Rücksicht auf Geschichte“ konzipiert: „Das ist richtig, aber auch hier muss man sich der Schwierigkeiten bewusst sein. Es ist leicht, jeder Arbeit ein paar Seiten voranzuschicken, die erzählen, wie es früher gewesen ist. Aber wirklich den Einfluss der Vergangenheit auf die Gegenwart nachzuweisen, ist eine schwierige Aufgabe, die wohl der Mitarbeit von Fachhistorikern bedarf. Ich kenne wenige europäische Arbeiten, wo der Versuch gelungen ist; die Sammlung von Rosenmayrs Arbeiten über Wiener Wohnverhältnisse, die bald herauskommen soll, wird vermutlich eine solche Ausnahme sein.“ (1975:22)